

Rechtsextremismus in (Ober)Österreich

Interview mit Dr. Robert Eiter

**Vorsitzender der Welser Initiative gegen Faschismus (Antifa)
Sprecher des ÖÖ. Netzwerks gegen Rassismus**



LILA: *Martin Graf, Barbara Rosenkranz, Daham statt Islam, Abendland in Christenhand: Umstrittene Personen und Schlagworte. Wie salonfähig sind rechtsextreme Strömungen in der österreichischen Politik geworden?*

Robert Eiter:

Mittlerweile sehr salonfähig. Aber nicht nur in der österreichischen Politik, sondern bis in den Alltag hinein. Rechtsextremismus als Begriff erweckt den Anschein, als ginge es um eine Randerscheinung. Das ist sicher falsch. Natürlich gibt es gewalttätige Neonazi-Banden am Rande der Gesellschaft, aber es gibt auch den Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf, der zeigt, dass Rechtsextremismus bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Wenn rund ein Viertel der Bevölkerung Rechtsaußen-Parteien die Stimme gibt, heißt das natürlich nicht, dass diese Wähler/innen alle rechtsextrem sind, aber es heißt sehr wohl, dass sie mit rechtsextremen Inhalten kein Problem haben.

LILA: *Welche Entwicklungen konnten speziell in Oberösterreich in letzter Zeit beobachtet werden? Man hört von Verbindungen der FPÖ und des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ) zur offen rechtsextremen Szene.*

Robert Eiter:

Man muss festhalten, dass rechtsextreme Umtriebe und Straftaten in den letzten drei Jahren in ganz Österreich stark zugenommen haben. Das gilt besonders für Oberösterreich. Allein von 2007 bis 2008 ist in unserem Bundesland die Zahl der Anzeigen nach dem Verbotsgesetz von 40 auf 67 gestiegen, also in einem Jahr um zwei Drittel! Oberösterreich ist leider eine Hochburg der rechtsextremen Szene, auch wenn das von Teilen der Landespolitik ignoriert oder geleugnet wird. Medial viel

beachtete Vorfälle wie die wiederholte Schändung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen oder die Attacke auf KZ-Überlebende in Ebensee stellen nur die Spitze des Eisbergs dar. Die FPÖ und ihre Jugendorganisation RFJ sind tief in die offen rechtsextreme Szene verstrickt. Auch von ihrer Propaganda und dem darin zum Ausdruck kommenden Gedankengut her ist die FPÖ nicht bloß rechtslastig oder rechtspopulistisch, sondern eindeutig rechtsextrem.

LILA: *Wenn Menschen rassistische Parolen auf die Außenmauer der KZ-Gedenkstätte Mauthausen schmieren, was ist da in unserer Gesellschaft schief gelaufen?*

Robert Eiter:

Offenbar Vieles: Da wird 65 Jahre nach der Befreiung vom NS-Regime übelster Juden- und Fremdenhass zum Ausdruck gebracht. In Österreich ist die Mittäterschaft und Mitläuferschaft breiter Bevölkerungskreise im Nationalsozialismus nie wirksam aufgearbeitet worden. So haben antisemitische, rassistische und rechtsextreme Einstellungen die Zeit überdauern können. Heute werden solche Vorurteile von der FPÖ gezielt geschürt. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, aber auch der zu geringe Widerstand der demokratischen Parteien erleichtern ihr diese Propaganda. Es mangelt an ausreichender Perspektive für die Jugend und an politischer Bildung in den Schulen.

LILA: *Was müsste seitens der Politik geschehen, um Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Österreich einzudämmen?*

Robert Eiter:

Die üblichen Politikerreden an Gedenktagen sind jedenfalls zu wenig. Man müsste auf Landes- und auf Bundes-

ebene offen eingestehen, dass Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft ein gravierendes Problem geworden ist. Dann müssten die demokratischen Parteien gemeinsam ein umfassendes Maßnahmenpaket schnüren, das die Sicherheitsbehörden, die Justiz, die Schulen, die Jugendarbeit und natürlich die Organisationen der Zivilgesellschaft – unter anderem die Gewerkschaften, die Kirchen und das Antifa-Netzwerk – entsprechend einbezieht. Deutsche Bundesländer wie Bayern und Brandenburg zeigen, wie gut ein solches Modell funktionieren kann. Unerlässlich ist, dass sich die demokratischen Parteien von der FPÖ und ihren rechtsextremen Inhalten klar distanzieren. Man kann nicht den Rechtsextremismus verurteilen, sich aber gleichzeitig ein Bündnis mit der FPÖ offenhalten.

LILA: *Ist politische Bildung der Schlüssel? Sollten Polizei und Justiz härter durchgreifen?*

Robert Eiter:

Wenn Jugendliche bereits mit 16 wählen können und sollen, dann muss mit etwa zwölf Jahren eine altersgemäße politische Bildung einsetzen, um ein demokratisches Bewusstsein zu vermitteln und um die Gefahr von Rechtsextremismus und Rassismus bewusst zu machen. Auch die Jugendarbeit etwa in Jugendzentren und durch Streetwork sollte ausgebaut werden. Andererseits ist ein konsequentes Vorgehen von Polizei und Justiz gegen neonazistische Strömungen unbedingt notwendig. Derzeit wird oft sehr lax agiert. So schieben die Staatsanwaltschaften Linz und Wels Strafverfahren gegen Rechtsextremisten der „Nationalen Volkspartei“ und der „Bunten“ seit Monaten vor sich her, obwohl massives Belastungsmaterial vorliegt. Das ist völlig unverständlich.

LILA: *Danke für das Gespräch!*